



**Marlene Mortler**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Drogenbeauftragte der Bundesregierung

## Pressemitteilung

### Pressekontakt:

Simone Engler  
Telefon: +49 30 227-72335  
marlene.mortler.ma03@bundestag.de

### Marlene Mortler MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-72337  
Fax: +49 30 227-76637  
marlene.mortler@bundestag.de

### Wahlkreisbüro:

Dehnberg 3  
91207 Lauf a.d. Pegnitz  
Telefon: +49 9123-3406  
Fax: +49 9123-961429  
marlene.mortler.wk02@bundestag.de

[www.marlenemortler.de](http://www.marlenemortler.de)

### Bundesweite Messung von Phosphorquellen notwendig

Berlin, 29.08.2018. Umfassende Messungen im Bundesland Hessen kommen zum Ergebnis, das der Eintrag von Phosphor in Flüsse und Bäche zum großen Teil von kommunalen Kläranlagen stammt. Dazu erklärt die Bundestagsabgeordnete und agrarpolitische Sprecherin der CSU im Bundestag, Marlene Mortler:

„Die Messergebnisse aus Hessen zeigen, dass wir genau hinsehen müssen, bevor wir bei der Phosphorbelastung deutscher Flüsse der Landwirtschaft den schwarzen Peter in die Schuhe schieben. Passgenaue Maßnahmen zur Gewässerreinheit sind nur dann möglich, wenn wir die Quellen der Phosphoreinträge exakt zuordnen können. Der Gewässerschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Deshalb ist eine bundesweite Erhebung des Phosphoreintrags aus den verschiedenen Eintragsquellen sinnvoll.“

Unabhängig davon leistet die Land- und Forstwirtschaft weiterhin ihren Beitrag zum Gewässerschutz. Um für eine gerechte Lastenverteilung bei der Gewässerreinhaltung zu sorgen, sind aber auch alle anderen Sektoren, beispielsweise die Kommunen, in der Pflicht ihre Maßnahmen zu überprüfen. Ein wichtiger Schritt war hier die 2017 in Kraft getretene Verordnung zur Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm.“

### Hintergrund:

Rückschlüsse zur Herkunft der Phosphorbelastung von Fließ- und Oberflächengewässern wurden bisher auf Basis von Modellrechnungen gezogen. Dabei wurde die Landwirtschaft als Hauptquelle identifiziert. Zu einem gegenteiligen Ergebnis kommt das Landesumweltamt Hessen. Auf Basis spezifischer Messungen benennt dieses vorrangig kommunale Kläranlagen als Verursacher der Phosphorbelastung in Fließ- und Oberflächengewässern. Der bisher praktizierten „Modellierung“ schreibt das Land Hessen methodische Fehler zu und stellt sie daher infrage.